

## Für wessen Zukunft wird hier geplant?

Als Ziele des Zukunftsplans wurde im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grüne festgelegt, dass damit zum einen der Verwaltung ein Instrument an die Hand gegeben wird um die „Altonaer Kernbereiche einheitlich und aufeinander abgestimmt zukunftssicher Neu- und Weiterzuentwickeln“ sowie den Grundeigentümern aufzuzeigen „welche Investitions- und Planungsvorhaben vorrangig zu realisieren sind“. Was hat diese heutige Veranstaltung, diese vermeintliche Bürgerplanung, diese *Sammlung von Ideen*, damit zu tun?

### **Bürgerbeteiligung oder -disziplinierung?**

Der Satzbaukasten mit dem hier gearbeitet wird (Atlas über die Sozialstruktur des Gebiets, Arbeitsgruppen zur Wunschproduktion) ist so alt wie die Geschichte der so genannten „behutsamen Stadterneuerung“, die sich zwar behutsam verkleidet, aber in ihren Folgen überaus brutal auf die hier Lebenden wirken wird.

Die uns hier den *Zukunftsplan* verkaufen sollen, erzählen, dass es noch nie bei einer *Gebietsentwicklung* von Beginn an eine so umfassende Bürgerbeteiligung gegeben habe. Tatsächlich wurden bei allen großen Gebietsentwicklungen der letzten Jahre zu Beginn umfangreiche Sozialstudien zur Erfassung der Defizite der Quartiere und Wünsche der BewohnerInnen erstellt. Fast immer gab es dabei auch die Versprechen von Teilhabe und Partizipation der AnwohnerInnen. In der Realität wurden die BewohnerInnen in der Gestaltung der Stadtteile nur in kleinen, abgrenzbaren Projekten und nicht in den allgemeinen Zielstellungen und Instrumenten der Stadterneuerung beteiligt. Letztlich führte der Schein der Beteiligung lediglich zu einer Entpolitisierung, also der Verhinderung einer öffentlichen Debatte um die grundlegenden Voraussetzungen der angestrebten Entwicklung.

Immer auch wurden die Modernisierungsmaßnahmen mit der gewünschten Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der BewohnerInnen begründet. Bei Abschluss der Entwicklung wurden die baulichen Erneuerungsziele zumeist mehr als erreicht, nur die Zielgruppe war nicht mehr da.

### **Folgen städtischer Erneuerung**

Seit 20 bis 30 Jahren werden die Innenstädte zunehmend von einkommensstarken Berufsgruppen entdeckt. Seitdem sind in fast allen Städten vergleichbare Entwicklungen zu beobachten. Innenstadtnahe Viertel werden *erneuert*, d.h. die Infrastruktur wird verbessert und die Bausubstanz wird modernisiert. Diese Entwicklung geht stets einher mit Eigentümerwechseln und Sanierungen, die Mietsteigerungen zur Folge haben. In der Folge ziehen diejenigen weg, die sich die neuen Mieten nicht mehr leisten können. In Berlin Mitte oder Prenzlauer Berg sind nach 15 Jahren Modernisierung nur noch 20% der ursprünglichen BewohnerInnen verblieben. Aber wir müssen gar nicht so weit gehen um diese Entwicklung zu beobachten: In unseren Nachbarvierteln Sternschanze und Ottensen sind ähnliche Folgen nach 15 Jahren Stadterneuerung zu beobachten.

### **Die Rolle der Stadt**

Modernisierungen sind zwar Marktgesteuerte Prozesse, aber dabei fast immer eingebunden in städtebauliche Erneuerungsprozesse der Städte. Seit den 1970er Jahren gibt es gesetzliche Möglichkeiten Fördermittel nicht nur für Neubauten sondern auch für Bestandsmodernisierung in Sanierungsgebieten zu vergeben. Dies bedeutet einen Anreiz für private Investitionen in Altbaugebieten durch Verbesserung der städtischen Infrastruktur, besondere Steuerabschreibungen und Aussicht auf öffentliche Fördermittel. Im Gebiet des *Zukunftsplan* wird hiervon besonders das Sanierungsgebiet um die Große Bergstrasse betroffen sein. Vorstellbar ist jedoch, dass mit dem *Zukunftsplan* noch weitere Teile des Gebiets als Sanierungsgebiete ausgewiesen werden.

Verdrängung in großem Ausmaß konnte nur dort verhindert werden, wo den privaten Investoren keine freie Hand gelassen wurde sondern über Förderprogramme langfristige Mietpreisbindungen durchgesetzt wurden.

### **Unternehmerische Stadtpolitik**

Das Hamburger Leitbild ist das der „unternehmerischen Stadt“. Unter anderem bedeutet das, dass Städte wie Betriebe geführt und unrentable Bereiche ausgelagert werden. Zudem wird in erster Linie auf private Investoren gesetzt, die angeblich viel effektiver arbeiten. In der Realität haben die Investoren den Profit und die Stadt bleibt auf den sozialen Kosten sitzen und muss darauf hoffen, dass der Wohlstand nach unten durchsickert, was zumeist nicht geschieht. Diese Politik der Stadt Hamburg wirkt sich auch auf die Politik des teilstädtischen Unternehmens SAGA/GWG aus.

SAGA Mietenpolitik: Statt ihrer Aufgabe als öffentliches Unternehmen nachzukommen und preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Tatsächlich erhöhte die SAGA im Zeitraum 1997 und 2008 ihre Mieten um 32,8% -und damit fast doppelt so stark wie die Mieten im gesamten Hamburger Wohnungsmarkt (17,16%). Die Gewinne der SAGA fließen über Sonderinvestitionsprogramme u.a. in Prestige-Projekte wie die Elbphilharmonie oder die U4 in die Hafencity.

### **Wider den falschen Pragmatismus und die Resignation**

Uns ist klar dass ein großer Teil der BewohnerInnen, auch der hier Anwesenden, aus verschiedenen Gründen die Augen vor diesen Entwicklungen und jahrzehntelangen Erfahrungen aus den benachbarten Stadtteilen und diversen Städten verschließen und sich lieber mit überschaubaren, praktischen Problemen beschäftigen will. Wir haben gar nicht den Anspruch im Namen der Mehrheit die Stimme zu erheben. Wir erheben die Stimme weil wir uns mit diesen Erfahrungen beschäftigt haben und um die Konsequenz dieser geplanten Entwicklung in Altona wissen, und die heißt Verdrängung und Vertreibung. Viele die hier leben und sich in Stadtteilinitiativen organisiert haben, wohnten früher in Ottensen oder der Schanze und fast alle konnten sich eine Entwicklung wie sie dort stattgefunden hat, zu Beginn der Sanierungsprogramme nicht vorstellen. Viele waren sogar zu Beginn davon begeistert, dass endlich alles schöner wird. Das Wissen und die Erfahrung, dass es zwar vielleicht schöner wird, aber die ursprünglichen BewohnerInnen leider nichts mehr davon haben, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können, legitimiert uns die Stimme zu erheben und diesen Plänen und Entwicklungen mit aller Schärfe entgegen zu treten und nicht zu warten bis die absehbaren Folgen eingetreten sind.

### **Recht auf Nein**

Warum beteiligen wir uns nicht an dieser Veranstaltung? Warum sind wir „immer nur dagegen“? Wollen wir „das alles so bleibt ist“?

Zunächst soll alles dafür getan werden, damit die Menschen, die hier leben, auch bleiben können. Auf dieser Grundlage planen wir liebend gerne wie in Altona für die hier Lebenden eine noch bessere Lebensqualität und Versorgung aussehen kann. Aber das bedeutet nun mal gegen die Interessen derjenigen zu planen, die hinter dem Zukunftsplan stehen. Denn die wollen die Verdrängung und wenn sie sich noch soviel hinter schönen Worten verstecken. Wir wollen z.B. notwendige Sanierungen, allerdings ohne gewaltige Mietsteigerungen. Oder Soziale Angebote für Menschen mit geringen Einkommen oder Arbeitslose...

Mit dem *Zukunftsplan* dagegen wird nicht für die hier Lebenden geplant, sondern für die zukünftigen, erwünschten BewohnerInnen. Darum ist dieser Ort der falscheste um über eine *Entwicklung* von Altona zu diskutieren. Wir werden die Zukunft von Altona unter Berücksichtigung aller politischen und sozialen Aspekte in der gebotenen Gründlichkeit diskutieren, auf unseren selbst organisierten Versammlungen, wie wir es schon in den vergangenen Monaten getan haben. Alle die daran Interesse haben, sind dazu herzlich eingeladen.

- **Wir fordern, dass ehrlich über die Erfahrungen mit den Folgen von Modernisierungsprozessen unter Bedingungen des freien Marktes informiert wird. Wie viele der jetzigen BewohnerInnen werden nach den vorliegenden Erfahrungen aus Hamburg, Berlin und vielen anderen Städten im Gebiet des *Zukunftsplan* in den nächsten 15 Jahren vertrieben werden?**
- **Wir fordern eine Diskussion über die vorherrschende Politik der Stadt Hamburg. Welche Vorstellungen liegen den Planungen in der westlichen Innenstadt zugrunde – einer Stadt als sozialem Gemeinwesen oder einer Stadt als rentables Unternehmen?**
- **Wir fordern eine mindestens 15jährige Bindung der Mietpreise bei Modernisierungsmaßnahmen.**
- **Wir fordern, dass die SAGA im Gebiet des *Zukunftsplan* bei Neubauten und Modernisierungen ihre Aufgabe als öffentliches Unternehmen wahrnimmt, um die Mietpreise zu entspannen. Stadtentwicklung und Modernisierungen dürfen nicht privaten Investoren und ihren Profitinteressen überlassen werden.**
- **Wir fordern dass sich die *Qualifizierung* öffentlicher Flächen an den Interessen der jetzigen Bevölkerung orientiert und nicht an Bedürfnissen der zukünftig erwünschten Mittelklassehaushalte.**

*Verantwortungsbewusste organisierte Krakeeler\_innen aus Altona*